

Danziger Zeitung.

Nr. 20187.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die „Danziger Zeitung“ für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

In der Zeitungs-Preisliste pro 1893 ist die „Danz. Zeitung“ aufgeführt unter Nr. 1523.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro III. Quartal 1893 3 Mk. 75 Pfg. exkl. Briefporto, für Danzig durch die Expedition incl. Bringerlohn 4 Mk. 10 Pfg. Abgeholt kann die Zeitung werden für 3 Mk. 50 Pfg. pro Quartal von der Expedition und den einzelnen Abholstellen.

Expedition der „Danziger Zeitung“.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Lübeck, 21. Juni. (Privattelegramm.) Der Vorstand der freisinnigen Volkspartei in Lübeck empfiehlt, in der Stichwahl gegen den Socialisten und für den freisinnigen Götz zu stimmen.

Frankfurt a. M., 21. Juni. (Privattelegramm.) In einer gestern hier abgehaltenen nationalliberalen Wählerversammlung erklärte der bekannte Katholikenführer Dr. Steinte, seiner Zeit der Führer und Sprecher der katholischen Komptiger, er habe durch 20 Jahre hier als Führer der Centrumspartei gegolten, jetzt aber solle man nicht länger mit seinem Namen hausiren, denn in dem jetzigen Kampfe bei den roten Unterströmungen in allen Parteien, auch im Centrum, und bei dem Ariege gegen die Socialdemokratie könne ein guter Katholik nicht anders als für die Regierung stimmen. Für einen Socialdemokraten zu stimmen, wäre ein Verbrechen an Religion und Monarchie, den einzigen Rettungsmitteln.

Madrid, 20. Juni. (W. I.) In dem Garten des Privathauses des vormaligen Ministerpräsidenten Canovas ist eine Bombe explodiert. Der Attentäter wurde getödtet, sein Complice verwundet und verhaftet. Canovas war im Hause nicht anwesend. Das Attentat wird den Anarchisten zugeschrieben.

Politische Uebersicht.

Danzig, 21. Juni.

Wer trägt die Schuld?

Mit großer Emsigkeit ist — schreibt die „Liberalen Correspondenz“ — die volksparteiliche Presse — mit wenigen, aber erfreulichen Ausnahmen — an der Arbeit, die Schuld an der Niederlage der freisinnigen Partei im Wahlkampf auf diejenigen Mitglieder der freisinnigen Partei abzuwälzen, die es von vorn herein abgelehnt haben, sich der Militärvorlage gegenüber auf den Standpunkt festzunageln zu lassen: zweijährige Dienstzeit, aber nicht ein Mann über die gegenwärtige Friedenspräferenz. Es ist natürlich bequemer, einen Sündenbock für begangene Fehler ausfindig zu machen und im vorliegenden Falle haben diese Erörterungen, wenn nicht den Zweck, so doch vielleicht die Wirkung, den Candidaten der freisinnigen Vereinigung, welche zur Stichwahl stehen, den Sieg über ihre Gegner zu erschweren oder unmöglich zu machen, indem die Wähler, die auf dem Standpunkt der Volkspartei stehen, mit Mißtrauen gegen die Candidaten der Vereinigung erfüllt werden. Da wird der freisinnigen Vereinigung vorgeworfen, sie hätte durch ihr Verhalten im letzten Reichs-

tage die Festigkeit der freisinnigen Partei compromittirt, Mißtrauen im Volke gegenüber den Versicherungen derselben geschaffen und so einen Theil der freisinnigen Wählerschaft in die Arme der Socialdemokratie getrieben, der genügt habe, um die freisinnige Partei in vielen Wahlkreisen aus der ersten und zweiten in die dritte Stelle zurückzudrängen. Daher die Niederlage der Partei. Vor allem ist doch festzustellen, daß von der Militärfrage abgesehen, die freisinnige Partei in allen politischen Fragen, mag es sich um das allgemeine Wahlrecht, um die Steuer- und Wirtschaftspolitik, um die Handelspolitik oder was sonst handeln, auf dem festen Boden des Programms der deutschfreisinnigen Partei von 1884 gestanden hat und noch steht. Wenn sie und da Meinungsverschiedenheiten auftraten, so bezogen dieselben sich lediglich auf die dem Gegner gegenüber einzuhaltende Taktik. Und auch in der Militärfrage hat kein Mitglied der Partei, auch nicht diejenigen, die am 6. Mai für den Antrag Stüene stimmten, das Parteiprogramm verlassen. Die Vorlage entsprach in der Abkürzung der Dienstzeit, in der weiteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und in dem Bericht auf das Septennat dem Programm von 1884. Nur über die Frage, in welchem Umfange die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Verklärung der Rekrutierung für die Sicherheit der Nation und die Erhaltung des Friedens erforderlich sei, gingen die Meinungen aus einander. Das Programm hätte die freisinnige Partei nicht abhalten können, die von der Regierung als unerlässlich nachgewiesene Verstärkung der Armee zu bewilligen. Im Jahre 1887 wollte die freisinnige Partei „jeden Mann und jeden Groschen“ bewilligen, nur das Septennat lehnte sie ab. War deshalb die Niederlage, welche die Partei bei den damaligen Neuwahlen erlitt, geringer als die heutige? Eine Mehrheit, wie diejenige, welche im März 1887 das Septennatsgesetz bewilligte, wird sich dieses Mal nicht zusammenfinden. Aber die Militärvorlage wird in dem neuen Reichstage mit einer kleineren oder größeren Mehrheit beschlossen werden. Die freisinnige Partei, die sich dem widersehte, wird bis auf einen kleinen Rest aus dem Reichstage verschwunden sein und so wird die freisinnige Partei auch ohne durchschlagenden Einfluß auf die Wahl der Steuern sein, durch welche die 55 Millionen dauernden Mehrausgaben gedeckt werden sollen.

Diejenigen, die jetzt der freisinnigen Vereinigung die Schuld an der Niederlage der Partei aufbürden, mögen doch einmal erwägen, wie anders die Dinge heute stünden, wenn die freisinnige Partei im letzten Reichstage die Annahme der Vorlage an die dauernde Feststellung der zweijährigen Dienstzeit und an eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten zu Gunsten der unbemittelten, schwer arbeitenden Bevölkerung geknüpft hätten. Sie hätte die Entscheidung in der Hand gehabt und die Regierung hätte sich ihren Forderungen nicht entziehen können. Der Augenblick war gekommen, wo die entschieden liberale Partei einen erheblich größeren Einfluß auf die Entwicklung der gesamten inneren Politik gewinnen konnte. Aber leider ist der große Augenblick unbenutzt geblieben. Die Schuld der freisinnigen Vereinigung ist das nicht. Aber auch jetzt noch, wo die Grenze zwischen Mehrheit und Minderheit schwankend ist, bleibt jede freisinnige Stimme einmal für die Annahme der Militärvorlage, ganz besonders aber für die Frage der zweijährigen Dienstzeit und die Deckungsfrage von Bedeutung. Und deshalb muß in den Wahlkreisen, in denen ein Candidat der freisinnigen Vereinigung mit einem conservativen zur Stichwahl steht, die freisinnige Partei auch die letzte Stimme aufbieten, um dem ersteren zum Siege zu verhelfen.

Für die Aufrechterhaltung der Verfassung, für die Abwehr reactionärer Experimente, für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts, für die freiheitlichen Interessen der Nation, für die Gewerbefreiheit, die Gleichberechtigung der Confessionen wird die freisinnige Vereinigung eben-

entschieden eintreten, wie die freisinnige Volkspartei. Sollte aber von ihren Stimmen schließlich das Zustandekommen der Militärvorlage abhängen, so würde sie damit auch in der Lage sein, auf die möglichste Schonung der ärmeren Bevölkerungsklassen bei der Beschlußfassung über die Deckung der Mehrausgaben einzuwirken.

Zu den Stichwahlen.

Angeichts der Stichwahlen sind alle Parteien mit dem Studium der interessanten Frage beschäftigt, welcher Candidat, bezw. der Candidat welcher Partei als das „kleinere Uebel“ anzusehen sei, und je nach den in dem einzelnen Wahlkreise herrschenden Stimmungen ergeben sich die verschiedensten Antworten auf diese intricate Frage. In Jena z. B. empfehlen, wie schon erwähnt, die Freisinnigen, welche bisher Herrn Harmening gewählt haben, mit ihrem Candidaten am 15. d. aber ausgefallen sind, gegenüber der Candidatur des nationalliberalen Mühlenbesizers Walter, den auch der Bund der Landwirthe unter seine Fittiche genommen hat und für den auch die Conservativen stimmen, niemand anders als den socialdemokratischen Maler Ceutert. Ueberraschend ist das zwar nicht, denn Wähler, denen der Bodenbesitzerreform Harmening bisher recht gewesen sind, werden in dem Socialdemokraten so ziemlich denselben Faden, wenn auch eine andere Nummer, sehen. Das freisinnige Wahlcomité hat nun einen sehr schönen Aufpruch für Ceutert erlassen, in dem sich folgende Stelle findet:

„Ein freisinniger Mann wolle sich mehr fangen lassen mit dem thörichten Gegensatz von „Ordnungsparteien“ und „Umschulungsparteien“. Dieses leere Schlagwort, welches leider schon allzulange den Blick für eine unbefangene Würdigung der wahren Verhältnisse in unseren politischen Leben getrübt hat, ist nur erfunden worden, um das Bürgerthum die Geschäfte der Reaction befragen zu lassen. Diejenigen, welche dieses Schlagwort fortwährend ausspielen, verstehen ja unter „Ordnung“ nichts anderes, als die fägliche Unterwerfung des ganzen Volkes unter die bevorzugten Stände“ u. s. w.

So sprechen und schreiben die freisinnigen Jenerer Volksparteiler, wenn es gilt, die Wähler in das socialdemokratische Netz zu treiben. Aber wenn es gilt, die Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien im Kampf gegen einen Socialdemokraten zu gewinnen, ja, das ist etwas anderes. Das Wort von den „Ordnungsparteien“, welches die Jenerer Volksparteiler für ein „leeres Schlagwort“ erklären, hat z. B. vorgestern Abend im Berliner Wintergarten der freisinnige Herr Dr. Langerhans gebraucht, um den Nationalliberalen und Conservativen des ersten Berliner Wahlkreises die Unterstützung seiner Candidatur gegen den Socialdemokraten an's Herz zu legen. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Wer nicht ein Unrecht gegen das Vaterland begehen will, der kann nicht anders handeln, als bei der Stichwahl für den Candidaten der Ordnungsparteien eintreten.“

Herr Dr. Langerhans steht zur Stichwahl mit einem Socialdemokraten und präsentiert sich demgemäß als „Ordnungsparteiler“. In Stettin, Wiesbaden, u. s. w. aber wird den Wählern der freisinnigen Volkspartei zugemuthet, für den Socialdemokraten zu stimmen, um die Wahl der Herren Brömel, Roepf, Götz u. s. w. zu verhindern! Ist das nicht auch ein „Unrecht gegen das Vaterland“?

Aus Stauffenbergs Wahlkreise.

Eine der merkwürdigsten Verschiebungen vollzieht sich in dem alten Wahlkreise des Freiherrn v. Stauffenberg, in welchem die jüdische und die Richter'sche Volkspartei an einander gerathen sind. Es kommt dort der freisinnige Candidat, Lehrer Weiß, zur Stichwahl mit einem Socialdemokraten, nachdem im ersten Wahlgange der Candidat der jüdischen Volkspartei Dr. Heige sowohl wie der Nationalliberal Dr. Rahl ausgefallen sind. Nun hat die jüdische Volkspartei mit den Socialdemokraten einen Pakt geschlossen, der sie verpflichtet, für den Socialisten Legist zu stimmen, und letzterer wird ganz ohne allen Zweifel siegen, wenn die Rahl'schen Wähler nicht

wenden 7.6 Meter, welche ungeheuren Erdmassen wurden während dessen ausgefüllt und welche Fühlungen gebildet werden bei einem Wasseranfluß, der 3000 Kubikmeter Flüssigkeit zu 200 Kubikmeter festen Massen in 24 Stunden betrug. Und diese Auswürfe dauern bereits fünf Wochen. So wurde die weitere Senkung des Schachtes einfließen aufgegeben und das Project des Brunnenmachers Beyer aus Berlin angenommen, der sich verpflichtete, binnen 14 Tagen durch Anwendung achtzölliger eiserner Rohre den Quell zu fassen, durch Tiefbohrung klares Wasser zu Tage zu fördern und so die Gefahr zu beseitigen. Die vierzehn Tage sind bald verfloßen, aber der Erfolg ist bis jetzt ausgeblieben. Die durch die Ausfüllungen hervorgerufenen Senkungen betragen im ganzen 69 Centimeter; die Wirkungen sind entsetzlich. Die Trottoirplatten stehen dachartig gegen einander, während das Pflaster der Bürgersteige durch das Einsinken der Gebäude wie durch vulkanische Gewalt hoch herausgehoben ist. Die Gebäude stehen trotz sorgfältiger Abstützung drohend vornüber oder zur Seite geneigt, handbreite Risse ziehen sich durch die Facaden und die Giebel, gehen sich sogar in derselben Breite über die Straßen und die Gehsteige fort. Von Zeit zu Zeit erfolgt im Erdinnern donnerartiges Getöse durch den Einsturz ausgefüllter Fühlungen, die Erde bebt und die Bogen der Fenster und Thorwege stürzen durch die Erschütterung ein. Schreiber dieses hat selbst das Grausige solches Augenblickes zu empfinden Gelegenheit gehabt. Die Zahl der bereits preisgegebenen Gebäude, deren 6, wenn Ihnen Lesern die „National-Zeitung“ zugeht, aller Berechnung zufolge zusammengefügt sein müssen, beträgt, wie schon bemerkt, 14. (Ein heute uns zugegangenes Privattelegramm meldet uns, daß heute früh um 3 Uhr eins der gefährdeten Häuser, ein dreistöckiges Wohngebäude, eingestürzt ist. Menschen sind dabei

in der Stichwahl für den Candidaten der freisinnigen Volkspartei stimmen.

Die Vorgänge in Stettin.

Daß ein volksparteilich rabisches Berliner Blatt das Eintreten der freisinnigen Volkspartei gegen Brömel für den Socialdemokraten verlangt, haben wir schon erwähnt. Nun hatte dieser Tage auch in einer socialistischen Versammlung in Stettin ein Mitglied der „Freisinnigen Volkspartei“, Will, die Erklärung abgegeben, er werde mit seinen Gesinnungsgenossen gegen Brömel stimmen. In Folge dieser Erklärung sind der „N. Stett. Ztg.“ von einer Anzahl angelegener Männer, die im ersten Wahlgange für die Wahl des Herrn Mundel eingetreten sind, Erklärungen zugegangen, daß sie nicht im geringsten gesonnen seien, in der angebotenen Weise zu verfahren, sondern bei der Stichwahl ohne weiteres Herrn Brömel ihre Stimme geben würden. Herr Will hat ohne jede Autorisation gehandelt. Ueber den Beschluß selbst, den der Vorstand des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei in seiner vorgestrigen Sitzung betreffs der Stichwahl gefaßt hat, liegt aber eine offene Erklärung noch nicht vor. Deshalb hat das Comité für die Wiederwahl Brömel's gestern an Herrn Dr. Amelung, den Vorsitzenden des deutsch-freisinnigen Wahlvereins, das folgende Schreiben gerichtet:

„Im Namen des Comités für die Wiederwahl Brömel's erlauben wir uns die ergebene Anfrage, welchen Beschluß Ihr Vorstand in seiner gestrigen Sitzung betreffs seiner Stellung zur Stichwahl gefaßt hat. Wir dürfen wohl um einen gefälligen umgehenden Bescheid bitten. Mit vorzüglicher Hochachtung ergebendst Rtschl. Altst. Otto Kühnemann.“

In einer mit einem Delegierten des Wahlcomités für Brömel geführten mündlichen Unterhaltung ist nun von Herrn Dr. Amelung die Erklärung abgegeben worden, daß der Vorstand beschloßen habe, seinen Beschluß vorläufig bis zum Freitag, wo derselbe officiell veröffentlicht werden soll, secret zu behandeln. Die „N. St. Ztg.“ bemerkt dazu: „Wir kennen die Gründe nicht, welche zu diesem Beschluß geführt haben, müssen denselben aber aufs lebhafteste bedauern. Von nennenswerthem Einfluß und Nutzen kann eine Erklärung, wie immer geartet, ob sie die Wahl Brömel's, ob sie Stimmenthaltung, die mit einer Stimmabgabe für die Socialdemokratie gleichbedeutend sein würde, empfehlt, so unmittelbar vor dem Wahltag kaum mehr sein. Das würde für den Ausgang des schweren Wahlkampfes von nahezu ausschlaggebender Bedeutung sein. Wir möchten von neuem dringend mahnen, von jedem Diplomaten bei der Kürze der Zeit abzusehen und baldigst mit einer Erklärung hervortreten, die der Wählerschaft Stettins die beruhigende Sicherheit gewährt, daß am Stichwahltag alle bürgerlichen Parteien und in erster Reihe die liberalen geschlossen zum Kampfe antreten.“

Berlin, 20. Juni. (Privattelegramm.) Die „Vossische Zeitung“ schreibt bezüglich der Wahl Brömel's in Stettin: Wenn die Angriffe gegen die freisinnige Vereinigung fortgetrieben werden, dann kann man gewärtigen, daß die Wähler Mundel's eher dem Socialisten als Brömel ihre Stimmen zuwenden. Ein bedenklicheres politisches Armuthszeugniß könnten sich schwerlich diese Wähler ausstellen. Wir hoffen aber, daß sie keinen Augenblick Bedenken tragen werden, für Brömel einzutreten, der ihnen unter allen Umständen näher steht, als der Socialist, gegen dessen Partei der Führer der freisinnigen Volkspartei viel gerühmte Reden über den Zukunftsstaat gerichtet hat.

Die Abgeordneten des „Bundes der Landwirthe“.

Der „parteilose“ Bund der Landwirthe veröffentlicht eine Liste von 58 bereits gewählten Abgeordneten, die bestimmt zugelegt haben, für die Forderungen des Bundes einzutreten. Von diesen 58 gehören 39 der conservativen Partei, 6 der

nicht verunglückt. Die Red.) 78 Familien mit 304 Personen haben ihre Wohnungen räumen müssen. In welcher Art die ihres Eigenthums beraubten Hausbesitzer entschädigt werden sollen, ist vorläufig eine nicht zu entscheidende Frage; denn der Verlust beläuft sich schon jetzt auf mehr denn 1 Million Mark. Aber der Verlust droht noch größer zu werden, denn auch in der Wilhelmstraße, die parallel mit der Alleen Kirchenstraße in die Große Kirchenstraße einmündet, zeigen sich bedenkliche Risse. Aber sollte es auch im besten Falle innerhalb dieser Woche gelingen, dem artesischen Quell seine zerstörende Wirkung zu nehmen — die Bodenfenkungen werden nicht eher aufhören, als bis im Erdinnern völliges Gleichgewicht hergestellt ist. Nach dem Einsturz und dem Abräumen all der Gebäude wird die Straße unbaut und öde liegen bleiben.

Inzwischen ist die Gefahr immer weiter gestiegen. Die Aufräumarbeiten können wegen der damit verbundenen Lebensgefahr nur mit großen Schwierigkeiten vorgenommen werden.

* [Wilhelm Götz] ist — wie bereits telegraphisch gemeldet — Dienstag Morgen gestorben, und zwar in der Colonie Brunenwald, wohin er seit einem Jahre sich zurückgezogen hatte. Der Tod erfolgte ihn von schwerem, hoffnungslos Leiden. Zweieinhalbzig Jahre hindurch hatte Götz fast ganz allein die Illustrationen zum „Alteuropäer“ gezeichnet (die seitdem auch herlich schätzbar geworden sind). Erst im Jahre 1890 wangen Alter und zunehmende Krankheit ihn, seine Thätigkeit einzustellen. Er war lange Zeit der erste Künstler in seinem Fach und als Mensch seiner Liebenswürdigkeit wegen allbekannt und beliebt. Er starb im 68. Lebensjahre.

Feuilleton.

Die Brunnenkatastrophe in Schneidemühl.

Von einem Mitglied des Magistratscollegiums zu Schneidemühl geht der „Nat.-Ztg.“ vom 19. d. M. folgende Darstellung der schon mehrfach von uns erwähnten Calamität zu:

Die Stadt Schneidemühl ist bereits zu verschiedenen Malen von schweren Schicksalschlägen betroffen worden. Im Jahre 1834 wurden sämtliche Gebäude der Stadt bis auf die evangelische und katholische Kirche durch eine Feuersbrunst eingeäschert. Im März des Jahres 1888 überschwemmten die von dem hinterpommerschen Hochplateau herabstürzenden Wasser-massen, die in dem Bette des Rüdowflusses nicht Raum fanden, die tiefer gelegenen Straßen der Stadt. Aus den Trümmern der jährlich beschädigten und zerstörten Gebäude erhoben sich bald, Dank der Staatshilfe und der reichlich betätigten Freigebigkeit, ansehnliche und modern eingerichtete Wohnhäuser. Gerade die kleine und die große Kirchenstraße, jetzt die Stätte eines von vieles größeren Unglücks, zählten seitdem zu den ansehnlichsten Straßen der Stadt, welche durch Reihen herrlicher Angel-Akazien ein um so freudlicheres Ansehen zeigten. Jetzt versperrten Bauzäune, die im Interesse der Sicherheit errichtet, die Passage durch die eingesunkenen Theile der Straße, menschenleer ist sie selber, menschenleer sind die geborstenen Häuser. Die Arbeiter halten sich streng in den ihnen angewiesenen Grenzen, da jeden Augenblick gewaltige Einstürze zu erwarten sind.

Die Entleerung des Unglücks, das unsere Stadt betroffen, ist darauf zurückzuführen, daß an Stelle eines schlechten Wasser gebenden Kesselbrunnens ein Abfließbrunnen gebohrt werden sollte. Bei einer Tiefe von 72 Metern, unterhalb einer 50 Meter starken Thon-

schicht, sprang plötzlich ein mächtiger Strom trüben Wassers zu Tage. Nach einigem Fließen versiegte der Quell, wie sich herausstellte, durch Versanden des Rohres. Nach einiger Zeit bildete sich durch den Druck des Stromes eine Auspülung außerhalb des Rohres und ein mähtiges Riesel des Wassers, das immer stärker wurde. Es wurden bei dem Brunnenmacher Blasendorf in Berlin weite eiserne Rohre zum Ab-fangen des Quells bestellt. Wir warteten acht Tage vergebens darauf. In dieser Zeit trat durch fortgesetzte Auspülungen eine derartige Verschlimmerung ein, daß wir nach den verschiedenen Autoritäten telegraphirten. Diese antworteten, bis auf einen, der sogar zweimal hier war, ablehnend, wodurch weitere Zeit verloren ging. Jetzt wird zur Erhaltung der bedrohten Gebäude — es sind deren zur Zeit vierzehn — nichts mehr gethan; man hat sie preisgegeben müssen. Die Arbeiten gelten nur dem artesischen Brunnen, der aus einem 8 Zoll im Durchmesser betragenden Rohre seine Thon und Sand führenden Wasser zwei Stöckwerke hoch emporjuchelt. Die verderbliche Wirkung dieses Quells besteht einmal in dem Mißföhren von Thon und Sand, durch welches Aushöhlungen im Erdinnern gebildet werden, ferner in der überaus mächtigen Auspülung und Erweiterung des Bohrloches. Es galt daher zunächst, den Quell in einem Rohre zu fangen. Die bedeutendsten Autoritäten des Berg-faches riefen zur Aufmauerung und Senkung eines umfangreichen Senkhautes, der durch Ausbaggerung bis auf die in neun Meter Tiefe befindliche Thonschicht hinabgelassen werden und so einen Abfluß gegen weitere Auspülungen bilden sollte. Aber trotz unermüdlicher Arbeit bei Tage und bei Nacht senkte sich der 3 Meter im Durchmesser haltende Schacht, obwohl bereits über tausend Fuhren fester Massen ausgebohrt waren, nur um 1.4 Meter. Welche Zeit beanspruchte die weitere Senkung der noch not-

ur 620 M. Besichtigung von Druck und Verlag
1—1 Uhr. Näh. dortselbst part. von A. W. Rafemann in Danzig.